

Fragen

für die Fragestunde der 59. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 25. Oktober 2006

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 25	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	18, 19
Dagdelen, Sevim (DIE LINKE.) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	1, 23	Sager, Krista (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	10
Dr. Eid, Uschi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	11, 12	Scheel, Christine (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	4, 5
Fell, Hans-Josef (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 27	Dr. Seifert, Ilja (DIE LINKE.) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	6, 7
Gehrcke, Wolfgang (DIE LINKE.) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	17	Steenblock, Rainer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	13, 14
Höfken, Ulrike (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	8	Ströbele, Hans-Christian (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	2, 3	Trittin, Jürgen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 16
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29	Wolff, Hartfrid (Rems-Murr) (FDP)	22
Dr. Löttsch, Gesine (DIE LINKE.) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 21		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	5
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	8

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

1. Abgeordnete
Sevim Dagdelen
(DIE LINKE.)
Welche gesetzlichen Änderungen sind nach Auffassung des Bundesministers für Arbeit und Soziales, Franz Müntefering, in der von den Innenministern der Länder geplanten Bleiberechtsregelung für Flüchtlinge mit Duldung notwendig, um diesen die Aufnahme einer Beschäftigung zu ermöglichen, und hält der Bundesminister für Arbeit und Soziales insbesondere eine Abschaffung des nachrangigen Zugangs für Flüchtlinge mit Duldung nach § 39 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) und die Abschaffung der Prüfung von Arbeitsbedingungen nach § 39 Abs. 2 Satz 1 letzter Halbsatz AufenthG sowie die Abschaffung des § 11 der Beschäftigungsverfahrensverordnung (BeschVerV) für notwendig?*)

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

2. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Beabsichtigt die Bundesregierung angesichts des millionenfachen Verstoßes gegen das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) eine Verschärfung der rechtlichen Sanktionen bei unerwünschten Telefonwerbbeanrufen, insbesondere die Änderung der Verschuldensregel in § 10 UWG (Gewinnabschöpfung) und die Einführung einer bußgeldbewehrten Ordnungswidrigkeit?
3. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche finanzielle und politische Unterstützung gewährt die Bundesregierung betroffenen Verbrauchern, die sich gegen die Rechtsverstöße zur Wehr setzen wollen?

*) Siehe hierzu auch Frage 23.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

4. Abgeordnete
Christine Scheel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Aufforderung des Bundesverfassungsgerichts, das geltende Finanzausgleichsinstrumentarium zu reformieren, und welche Ziele verfolgt der Bund bei der Reform der Bund-Länder-Finanzbeziehungen im Rahmen der zweiten Stufe der Föderalismusreform?
5. Abgeordnete
Christine Scheel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der Bund bereit, mit Hilfe von Verschuldungsgrenzen oder einer Schuldenbremse die ungebremste Schuldenaufnahme der Länder zu begrenzen und damit zu einer Stabilisierung der Finanzbeziehungen von Bund und Ländern beizutragen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

6. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Wie bewertet die Bundesregierung die bisherige Arbeit der Nationalen Koordinationsstelle Tourismus für Alle e. V. (NatKo) für die Förderung und Entwicklung des barrierefreien Tourismus in Deutschland?
7. Abgeordneter
Dr. Ilja Seifert
(DIE LINKE.)
- Welche Auswirkungen würde die mit dem Bundeshaushalt 2007 beabsichtigte Kürzung der Mittel für die NatKo von 121 000 Euro auf 100 000 Euro auf die Förderung und Entwicklung des barrierefreien Tourismus und die Arbeitsfähigkeit von NatKo haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

8. Abgeordnete
Ulrike Höfken
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundesregierung, noch in diesem Jahr einen verbraucherschutzpolitischen Bericht vorzulegen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau und Stadtentwicklung**

9. Abgeordnete
**Dr. Gesine
Lötzsch**
(DIE LINKE.)
- Welche Gründe gab es für die Bundesregierung im Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit 2006 (Bundestagsdrucksache 16/2870) das Thema Bekämpfung der Armut nur am Rande zu behandeln (das Wort Armut kommt im ganzen Bericht nur zwei Mal vor!), und gedenkt die Bundesregierung im Jahresbericht 2007 auf das Problem Armutsbekämpfung ausführlich einzugehen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung
und Forschung**

10. Abgeordnete
**Krista
Sager**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie und ggf. im Rahmen welcher Finanzverhandlungen soll das Verfahren zur Einigung zwischen den Ländern beim Hochschulpakt 2020 bis zum 20. November 2006 vom Bund mitgestaltet werden, und welche Verteilungsmechanismen sollen dabei entwickelt werden, um sowohl die besondere Lage der Stadtstaaten als auch der neuen Bundesländer angemessen zu berücksichtigen?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

11. Abgeordnete
**Dr. Uschi
Eid**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Gutachten wurden von den Mittlerorganisationen im Bereich der Auswärtigen Kulturpolitik seit Beginn der 14. Legislaturperiode vergeben, und welche wurden durch das Goethe-Institut vergeben?
12. Abgeordnete
**Dr. Uschi
Eid**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche der insgesamt vergebenen Gutachten sind dem Deutschen Bundestag zur Kenntnis gebracht worden?

13. Abgeordneter
Rainer Steenblock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie wird die Bundesregierung die Vereinbarung zwischen dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung über die Zusammenarbeit in Angelegenheiten der Europäischen Union in der Vorbereitung der Ratspräsidentschaft im eigenen Land umsetzen?
14. Abgeordneter
Rainer Steenblock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird der Deutsche Bundestag an der Ausarbeitung der so genannten Berliner Erklärung zur Zukunft der Europäischen Union beteiligt werden, und wenn ja, wie?
15. Abgeordneter
Jürgen Trittin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird dem Deutschen Bundestag das Programm der deutschen Ratspräsidentschaft vorgelegt werden?
16. Abgeordneter
Jürgen Trittin
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann werden dem Deutschen Bundestag die Programme der einzelnen Ressorts zur deutschen Ratspräsidentschaft vorgelegt werden?
17. Abgeordneter
Wolfgang Gehrcke
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Maßnahmen hat die Bundesregierung seit ihrer im Zusammenhang mit der Bundestagsentscheidung über den Einsatz der deutschen Marine im Rahmen der UNIFIL-Mission der Vereinten Nationen getätigten Ankündigung umfangreicher diplomatischer Initiativen zur Lösung des Nahostkonfliktes, insbesondere des israelisch-palästinensischen Konfliktes, eingeleitet, und im Besonderen welche Gespräche und Verhandlungen haben mit der israelischen Regierung und dem palästinensischen Präsidenten stattgefunden?
18. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird die Bundesregierung, wie die „Süddeutsche Zeitung“ berichtete, der laut Artikel das deutsche Ratspräsidentschaftsprogramm vorliegt (Ausgabe vom 11. Oktober 2006, S. 8), während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft einen Schwerpunkt auf wirtschafts- und sozialpolitische Themen setzen, und wenn ja, wann wird sie den Deutschen Bundestag über die Ausgestaltung dieses Schwerpunkts unterrichten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

19. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wird der Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, die per Pressemitteilung vom 2. Oktober 2006 bekannt gemachten verabredeten Schwerpunkte des gemeinsamen EU-Präsidentschaftsprogramms der Innenminister von Deutschland, Portugal und Slowenien für den Zeitraum 1. Januar 2007 bis 30. Juni 2008 in den zuständigen Ausschüssen des Deutschen Bundestages vorstellen?
20. Abgeordneter
Hans-Christian Ströbele
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- War dem Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, bekannt, als er die Absage der Operaufführung „Idomeneo“ durch die Intendantin der Deutschen Oper, Kirsten Harms, als „verrückt“ kommentierte, dass das Bundeskriminalamt zuvor in einer umfassenden Lageanalyse eine konkrete und direkte Gefährdung Berlins, der dort Verantwortlichen, der gesamten Bundesrepublik Deutschland sowie deutscher Interessen im Ausland feststellte (vgl. BERLINER MORGENPOST vom 29. September 2006), und wie bewertet die Bundesregierung angesichts dessen diese Äußerung des Bundesministers des Innern?
21. Abgeordnete
Dr. Gesine Lötzsch
(DIE LINKE.)
- Wie viele Aufträge mit einem Volumen von über 8 000 Euro haben die einzelnen Bundesministerien von 2004 bis 2006 freihändig vergeben, und mit welcher Begründung?
22. Abgeordneter
Hartfrid Wolff
(**Rems-Murr**)
(FDP)
- Was ist der vollständige Inhalt der Vereinbarungen vom 26. September 2006 zwischen dem Bundesminister des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, und US-Homeland-Security-Minister Michael Chertoff bezüglich der Zusammenarbeit zur Internetüberwachung im Kampf gegen Terrorismus, und soll der vereinbarte Informationsaustausch auch die im Rahmen der EU-Richtlinie zur verdachtsunabhängigen Vorratsdatenspeicherung gesammelten Telefon- und Internetdaten einbeziehen?
23. Abgeordnete
Sevim Dagdelen
(DIE LINKE.)
- Welche gesetzlichen Änderungen sind nach Auffassung des Bundesministers des Innern, Dr. Wolfgang Schäuble, notwendig, um seinen am 9. Oktober 2006 geäußerten Vorschlag, „Ausländer, die nur in Deutschland geduldet sind, arbeiten zu lassen“ (ddp vom 9. Oktober 2006) in der von den Innenminis-

tern geplanten Bleiberechtsregelung für Flüchtlinge mit Duldung umzusetzen, und hält der Bundesminister des Innern insbesondere eine Abschaffung des nachrangigen Zugangs für Flüchtlinge mit Duldung nach § 39 Abs. 2 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) und die Abschaffung der Prüfung von Arbeitsbedingungen nach § 39 Abs. 2 Satz 1 letzter Halbsatz AufenthG sowie die Abschaffung des § 11 der Beschäftigungsverfahrensverordnung (BeschVerV) für notwendig?*)

24. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchen Bundesministerien und nachgeordneten Bundesbehörden werden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus Verbänden, Wirtschaftsunternehmen und überwiegend im Bundesbesitz befindlichen Gesellschaften beschäftigt?
25. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Um welche Stellen (Planstellen, Besoldungsstellen u. a.) und Bereiche handelt es sich, und von wem werden sie vergütet (bitte nach Bundesministerien und Einrichtungen aufschlüsseln)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

26. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, dass dem Entwurf zum Biokraftstoffquotengesetz folgend Pflanzenöle nicht wie bislang vorgesehen ab 2008, sondern bereits ab 2007 besteuert werden – und zwar in Höhe der sog. fiktiven Biokraftstoffquote?
27. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Müssen nach Auffassung der Bundesregierung sämtliche Anforderungen der Rapsölnorm DIN V 51605 – inklusive der rapsölspezifischen – erfüllt sein, damit auch andere Pflanzenöle als Raps als Pflanzenöle im Sinne des Biokraftstoffquotengesetz

*) Siehe hierzu auch Frage 1.

zes gelten und dies sogar auch dann noch, wenn Additive bei anderen Pflanzenölen zu einer besseren Ölqualität führen als bei der in der Rapsölvornorm festgelegten Pflanzenölqualität?

28. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob neben Biblis A auch andere Atomkraftwerke von falsch montierten Dübeln betroffen sind, insbesondere die AKW Philippsburg II und Neckarwestheim I, und wird die Bundesregierung eine Überprüfung der übrigen Atomkraftwerke veranlassen?

29. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie schätzt die Bundesregierung das Gefährdungspotenzial durch falsch montierte Dübel ein, und ist der Bundesregierung bekannt, warum diese Fehler erst jetzt aufgefallen sind?

